S 39 KR 216/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Duisburg
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	39
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 39 KR 216/20
Datum	03.11.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-

1. Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 11.12.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.02.2020 verurteilt, dem KlÄger Krankengeld f¼r den Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 10.11.2019 in gesetzlicher H¼he zu zahlen.
2. Die Kosten des Verfahrens trÄgt die Beklagte.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten Ä¼ber die Zahlung von Krankengeld f¼r den Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 10.11.2019.

Der KlÄger war bis zum 31.10.2019 aufgrund einer versicherungspflichtigen BeschÄftigung bei der Beklagten krankenversichertes Mitglied. Sein Arbeitsvertrag endete zum 31.10.2019. Der KlÄger hatte ab dem 01.11.2019 ein neues BeschÄftigungsverhÄltnis, welches er aufgrund einer akuten Erkrankung jedoch erst zum 11.11.2019 aufnehmen konnte. Nach dem Arbeitsvertrag vom 24.10.2019 war eine regelmÄÄige Arbeitszeit von 130 Stunden monatlich zu einem Stundenlohn von 22,- EUR brutto vereinbart.

Der KlÄger bekam von seinem Hausarzt am 01.11.2019 eine ArbeitsunfÄhigkeit aufgrund einer LWS-Blockierung bis zum 03.11.2019 bescheinigt. Am 04.11.2019 folgte eine weitere ArbeitsunfÄhigkeitsbescheinigung bis zum 10.11.2019

---

aufgrund von einer somatoformen Störung und Rückenschmerzen.

Die Beklagte teilte dem Kläger mit Bescheid vom 11.12.2019 mit, dass sie ihm für den Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 10.11.2019 kein Krankengeld zahlen könne. Die Mitgliedschaft des Klägers habe am 31.10.2019 aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses geendet. Das neue Beschäftigungsverhältnis habe erst nach Beendigung der Arbeitsunfähigkeit begonnen und somit auch erst zu diesem Zeitpunkt eine Pflichtversicherung in der Krankenversicherung ausgelöst. Die Fortdauer der Leistungspflicht nach Beendigung der Pflichtversicherung nach § 19 Abs. 2 Sozialgesetzbuch, fünftes Buch (SGB V), die für maximal einen Monat möglich ist, komme nicht in Betracht, da der Kläger nach Beendigung der Pflichtversicherung einen Anspruch auf eine Familienversicherung gehabt habe.

Der Kläger legte hiergegen am 17.12.2019 Widerspruch ein mit der Begründung, dass sein Beschäftigungsverhältnis am 01.11.2019 begonnen habe. Sein Arbeitgeber habe ihn zu diesem Zeitpunkt bei der Beklagten gemeldet und auch Beiträge entrichtet. Da er in den ersten Wochen keine Entgeltfortzahlung erhalte, habe er einen Anspruch auf Krankengeld.

Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 12.02.2020 mit der Begründung zurück, dass das Beschäftigungsverhältnis erst mit der tatsächlichen Arbeitsaufnahme begonnen habe. Es komme hier nicht auf den Arbeitsvertrag oder die arbeitsrechtliche Bewertung an, sondern auf eine sozialversicherungsrechtliche Betrachtung. Aus Sicht der Sozialversicherung begünne die Pflichtversicherung aufgrund eines neuen Beschäftigungsverhältnisses erst mit Aufnahme der Arbeit oder wenn der Arbeitgeber freiwillig eine Entgeltfortzahlung leiste.

Hiergegen hat der Kläger am 10.03.2020 Klage erhoben und vorgetragen, dass die Beklagte ihn nie über eine Familienversicherung informiert habe. Er habe auch keinen Antrag auf eine Familienversicherung gestellt. Der Beginn des Beschäftigungsverhältnisses läge auch ohne tatsächliche Arbeitstätigkeit am 01.11.2019, da es für ein Zeitarbeitsverhältnis typisch sei, dass es auch Zeiten ohne tatsächliche Arbeitsausführung gäbe.

Der Kläger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 11.12.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.02.2020 zu verurteilen, ihm Krankengeld für den Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 10.11.2019 in gesetzlicher Höhe zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,
die Klage abzuweisen.

Die Beklagte trägt ergänzend zu den Ausführungen im Widerspruchsbescheid vor, dass der Arbeitgeber zunächst eine Anmeldung des Klägers zum 01.11.2019 vorgenommen habe. Diese habe er jedoch aufgrund der fehlenden Tätigkeitsaufnahme storniert und den Kläger zum 11.11.2019 angemeldet.

Der Kläger hat dies bestritten.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie den der beigezogenen Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen. Der wesentliche Inhalt der vorgenannten Akten ist Gegenstand der Entscheidungsfindung geworden.

Entscheidungsgründe:

Die kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage ist nach [Â§ 54 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#) zulässig und zudem begründet. Der Kläger ist beschwert im Sinne des [Â§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG](#), da der Bescheid der Beklagten vom 11.12.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.02.2020 rechtswidrig ist. Der Kläger hatte im Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 10.11.2019 einen Anspruch auf Krankengeld. Daher waren die ablehnenden Bescheide aufzuheben.

I. Der Anspruch auf Krankengeld ergibt sich aus [Â§ 44 ff. SGB V](#).

Nach [Â§ 44 Abs. 1 SGB V](#) haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse stationär in einem Krankenhaus, einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung behandelt werden. Ein Anspruch auf Krankengeld kann sich nach dem Ende der Pflichtversicherung zudem aus [Â§ 44 Abs. 1 SGB V](#) in Verbindung [Â§ 19 Abs. 2 SGB V](#) ergeben.

1. Der Anspruch auf Krankengeld beginnt gemäß [Â§ 46 Satz 1 SGB V](#) bei Krankenhausbehandlung oder Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung von ihrem Beginn an, im Übrigen von dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit. Nach [Â§ 46 Satz 2 SGB V](#) bleibt der Anspruch auf Krankengeld jeweils bis zu dem Tag bestehen, an dem die weitere Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit ärztlich festgestellt wird, wenn diese ärztliche Feststellung spätestens am nächsten Werktag nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit erfolgt.

Sowohl die Arbeitsunfähigkeit des Klägers aufgrund einer Erkrankung als auch die ärztliche Feststellung dieser Arbeitsunfähigkeit war zwischen den Beteiligten unstrittig. Anlass für weitere gerichtliche Ermittlungen bestanden nicht.

2. Die Kammer konnte offen lassen, ob im streitgegenständlichen Zeitraum eine Pflichtversicherung nach [Â§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V](#) aufgrund einer Beschäftigung gegen Entgelt nahtlos über den 31.10.2019 hinaus fortbestand oder ob diese Pflichtversicherung aufgrund des Nichtantritts der neuen Arbeitsstelle bis zum 11.11.2019 unterbrochen war (vgl. hierzu Bundessozialgericht (BSG), Urteil vom 04.03.2014 – [B 1 KR 64/12 R](#)). Denn wenn eine Unterbrechung der Pflichtversicherung nach [Â§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V](#) eingetreten sein sollte, hatte der Kläger einen Anspruch auf nachgehende Leistungen nach [Â§ 19 Abs. 2 Satz 1 SGB V](#), die auch den Anspruch auf Krankengeld umfassen.

Ein Ausschluss der Leistungen nach [Â§ 19 Abs. 2 Satz 1 SGB V](#) durch den Eintritt einer Versicherung nach [Â§ 10 SGB V](#) gemäß [Â§ 19 Abs. 2 Satz 2 SGB V](#) liegt nicht vor.

Nach [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB V](#) setzt die Versicherung des Ehepartners eines Mitglieds im Rahmen der sogenannten Familienversicherung unter anderem voraus, dass der Ehepartner kein Gesamteinkommen hat, das regelmäßig im Monat ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße nach [Â§ 18](#) des Sozialgesetzbuchs, Viertes Buch (SGB IV) überschreitet.

Die monatlichen Bezugsgrößen nach [Â§ 18 SGB IV](#) betrug im Jahr 2019 3.115,- EUR monatlich. Die Einkommensgrenze des [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB V](#) in Verbindung mit [Â§ 18 SGB IV](#) betrug somit zum streitgegenständlichen Zeitraum 445,- EUR im Monat.

Nach ständiger Rechtsprechung des BSG, der die Kammer sich nach eigener Prüfung anschließt, ist bei Statusentscheidungen im Versicherungsrecht und

---

somit auch bei der Beurteilung der Voraussetzungen des [Â§ 10 Abs. 1 SGB V](#) eine vorausschauende Betrachtungsweise anzuwenden (u.a. BSG, Urteil vom 28.03.2019 â [B 10 LW 1/17 R](#) â, [BSGE 128, 1](#)). Denn der Betreffende muss â sollten die Voraussetzungen einer Familienversicherung nicht vorliegen oder entfallen â fr eine anderweitige Versicherung sorgen knnen und bei auftretender Krankheit zuverlssig wissen, wie und wo er versichert ist. Diese erfordert eine vorausschauende Schtzung am Beginn des jeweils zu beurteilenden Lebenssachverhalts auf der Basis des zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Erkenntnisstandes (u.a. BSG, Urteil vom 07.12.2000 â [B 10 KR 3/99 R](#) â, Rn. 29; vgl. auch BSG, Urteil vom 28.03.2019 â [B 10 LW 1/17 R](#) â, [BSGE 128, 1](#)).

Nach einer solchen vorausschauenden Betrachtungsweise war sowohl zum Zeitpunkt der ersten rztlichen Feststellung der Arbeitsunfhigkeit am 01.11.2019 als auch bei der weiteren rztlichen Feststellung der Arbeitsunfhigkeit am 04.11.2019 von einem monatlichen Gesamteinkommen des Klgers auszugehen, welches regelmig ber 445,- EUR liegen wrde und somit ber den Grenzen des [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB V](#) i.V.m. [Â§ 18 SGB IV](#).

a. Wie die Beklagte zutreffend festgestellt hat, konnte hierbei nicht mehr von dem vorherigen Einkommen des Klgers ausgegangen werden, da der Arbeitsvertrag zum 31.10.2019 geendete hatte und somit fr die Zukunft kein weiteres Einkommen aus diesem Arbeitsverhltnis zu erwarten war.

b. Der Klger verfgte jedoch ber einen rechtsverbindlichen Arbeitsvertrag ab dem 01.11.2019, der ein regelmiges Monatseinkommen weit ber der Einkommensgrenze 445,- EUR erwarten lie.

Nach dem Arbeitsvertrag vom 24.10.2019 war eine regelmige Arbeitszeit von 130 Stunden monatlich bzw. 30 Stunden whentlich zu einem Stundenlohn von 22,- EUR brutto vereinbart. Die Feststellung der Arbeitsunfhigkeit am 01.11.2019 war bis zum 03.11.2019 befristet.

Es war also am 01.11.2019 davon auszugehen, dass der Klger zeitnah seine Arbeitsttigkeit werde aufnehmen knnen und somit bereits im November eine Gehaltszahlung erhalten wrde, die weit ber 445,- EUR liegen wrde. Diese Prognose nderte sich auch nicht am 04.11.2019 durch die erneute rztliche Feststellung der Arbeitsunfhigkeit. Die weitere Arbeitsunfhigkeit war bis zum 10.11.2019 prognostiziert. Es bestand also auch noch im zweiten Zeitraum der Arbeitsunfhigkeit eine Prognose, dass der Klger im November seine Arbeitsttigkeit gegen Entgelt aufnehmen wrde und dies in einem zeitlichen Umfang, der zu einem Einkommen ber 445,- EUR fhren wrde.

c. Bei einer vorausschauenden Betrachtung anhand der zu diesem Zeitpunkt vorhanden Daten unter Einbeziehung der mit hinreichender Sicherheit im weiteren Zeitverlauf eintretenden nderungen, lagen also trotz des fehlenden Einkommens im Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 10.11.2019 die Voraussetzungen fr den Eintritt einer Familienversicherung nach [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB V](#) nicht vor. Denn es war von einem regelmigen Monatseinkommen ber 445,- EUR nach Wiedereintritt der Arbeitsfhigkeit auszugehen und zugleich war mangels entgegenstehender Informationen davon auszugehen, dass der Klger zeitnah seine Arbeitsfhigkeit wiedererlangen wrde.

d. Zu weiteren gerichtlichen Ermittlungen nach [Â§ 103 SGG](#) zum Einkommen des Klgers ber sein Einkommen aus abhngiger Beschftigung hinaus bestand kein Anlass, da bereits aufgrund des zu erwarteten Einkommens aus abhngiger

---

Beschäftigung der Eintritt einer Versicherung nach [Â§ 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB V](#) auszuschließen war.

3. Der Anspruch des Klägers auf Krankengeld war auch nicht nach [Â§ 44 Abs. 2 Nr. 1 SGB V](#) ausgeschlossen, da der Kläger â wie unter 2. dargelegt â im streitgegenständlichen Zeitraum nicht nach [Â§ 10 SGB V](#) familienversichert war.

II. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#) und trägt dem Ausgang des Rechtsstreits Rechnung.

Erstellt am: 23.11.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024